

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Bundner).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 15 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 17.

Berlin, Sonnabend, 29. Februar 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Was wird aus dem Reichsvereinsgesetz? — Seltame
Wohnungspolitik. — Redaktionsverband Berlin und Vororte.
— Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewer-
vereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Was wird aus dem Reichsvereinsgesetz?

So groß in weiten Kreisen des Volkes das Verlangen war nach einem einheitlichen und von freihetlichen Geistes durchwehten Reichsvereinsgesetz, so groß waren von jeher auch die Widerstände, die allen diesbezüglichen Plänen entgegengekehrt wurden. Einerseits konnte sich die Regierung trotz der im Artikel 4 der Reichsverfassung niedergelegten Verpflichtung nicht entschließen, jenen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, andererseits machten sich einflussreiche Strömungen geltend, die, sobald ein Versuch gemacht wurde zu einer einheitlichen Regelung des deutschen Vereins- und Versammlungsrechtes, sofort alle Hebel in Bewegung setzten, um diese Pläne zu zerschlagen zu machen. Man betrachtete es schließlich als die Frucht der nach den letzten Reichstagswahlen zustande gekommenen Konverwativ-liberalen Paarung, als endlich im November vorigen Jahres die Reichsregierung mit dem Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes an den Reichstag herantrat. Die Vorlage war wahrlich weit entfernt von demjenigen Ideal, das uns als organisierten Arbeitern vorschwebte. Trotz alledem konnte sie, falls sie zum Gesetz erhoben wurde und die ihr anhaftenden und auch von uns mehrfach getragenen Mängel beseitigt wurden, als ein Fortschritt angesehen werden.

An den Reichstag gelangte diese Vorlage im November, zur Verhandlung kam sie in der ersten Hälfte des Dezember. Nach mehrwöchiger Beschäftigung wurde sie an eine 28 gliedrige Kommission verwiesen, die auch heute nach beinahe einem Vierteljahr die erste Lesung des Entwurfs noch nicht beendet hat. Dem am meisten umfrittenen § 7 hat man sich bis zuletzt aufgeopfert und erst am gestrigen Donnerstag mit seiner Beratung begonnen. Die Aussichten, daß er völlig beseitigt wird, was unseres Erachtens dringend notwendig ist, sind sehr gering. Die Regierung will sich darauf absolut nicht einlassen. Allerdings auch gegen die sonstigen Verbesserungsvorschläge, die in großer Zahl namentlich von den Liberalen, aber auch von den Sozialdemokraten und vom Zentrum gemacht worden sind, hat sie lebhaften Widerspruch erhoben und dabei jedesmal die gesamte Rechte hinter sich geholt. Dieselbe ist offenbar wenig geneigt, auch nur das geringste Zugeständnis zu machen, da wo es sich um grundsätzliche liberale Forderungen handelt.

Es ist ein eigentümliches Schauspiel, das man bei diesen Kommissionsverhandlungen beobachten konnte. Die zum Block gehörenden Parteien sind zweifellos mit der festen Absicht an die Beratung herangegangen, etwas Positives zu leisten. Inzwischen bald machten sich die natürlichen Gegensätze zwischen Rechts und Links mit aller Deutlichkeit geltend. Die Spaltung zwischen beiden wurde immer schärfer. Da, wo es sich um die Bekämpfung des preussischen Volkzeitgesetzes handelte, traten sich Konservative und Liberale immer schroffer gegenüber, und Zentrum und Sozialdemokratie taten natürlich ihr übriges, um durch noch weitergehende Forderungen den Gegensatz zwischen beiden zu verschärfen.

Schließlich konnte ein anderes Resultat auch kaum erwartet werden. Es war vorauszu sehen, daß beim Reichsvereinsgesetz die Probe aufs Exempel gemacht werden würde, ob der Blockpolitik zuliebe liberale Grundzüge geopfert werden sollen. Die deutschen und insbesondere die nationalgefinnten Arbeiter erwarten mit Bestimmtheit, daß die Vertreter der liberalen Parteien hier auf diesem Gebiete auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen, sondern alles aufbieten werden, um in den Entwurf möglichst viele freihetliche Bestimmungen hineinzubringen. Leicht wird ihnen diese Aufgabe nicht gemacht, da, wie gesagt, nicht allein die Regierung sich dagegen sträubt, sondern auch die Rechte nicht dafür zu haben ist. Dadurch ist es auch gekommen, daß nicht nur viele Verbesserungsvorschläge abgelehnt worden sind, sondern auf die Einbringung anderer gleich von vornherein Verzicht geleistet wurde. Das ist bedauerlich, denn es besteht kein Zweifel, daß im Plenum des Reichstages für die Verbesserungsvorschläge sich eine Majorität finden würde, die allerdings nicht identisch wäre mit der sogenannten Blockmehrheit. Inzwischen, was darf nach dem Block gefragt werden, wenn es gilt, freihetliche Gedanken zur Durchführung zu bringen!

Man darf gespannt sein, welchen Verlauf die Beratungen über den § 7 in der Kommission nehmen werden. Es ist nicht unmöglich, daß er die Spitze bildet, an der das Reichsvereinsgesetz und damit vielleicht auch das Blockschiff scheitert. Uns soll es recht sein. Uns kommt es darauf an, daß freihetliche Gesetze geschaffen werden. Ob mit, ob ohne Block, wir fragen nichts danach. Wir sind aber mißtrauisch geworden durch die Art der Verhandlungen und durch ihren schneckenartigen Fortgang. Nabegu ein Vierteljahr hat man schon beraten, ohne auch nur die erste Lesung beendet zu haben. Der schwierigste Teil der Aufgabe ist noch zu erledigen. Nun sollen erst noch zwei Lesungen stattfinden, und dann kann die Beratung im Plenum wieder beginnen, wo zweifellos von neuem die Geister hart aufeinander prallen werden und sich das Schicksal der einzelnen Paragraphen noch gar nicht vorauszusagen läßt. Unter solchen Umständen braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn hier und da der Verdacht aufsteigt, als wolle man durch diese Verschleppungstaktik den Entwurf überhaupt in der Versenkung verschwinden lassen.

Inzwischen lassen natürlich diejenigen Elemente, denen die Regierungsvorlage noch zu weit ging, kein Mittel unversucht, um noch Verschlechterungen in das Gesetz hineinzubringen. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ teilt in ihrer letzten Nummer eine Petition an Bundesrat und Reichstag mit, die vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände abgeleitet worden ist und verlangt, daß der § 1 des Entwurfs dahin abgeändert wird, daß den jugendlichen Personen, wie es bisher in Preußen der Fall gewesen ist, der Zutritt zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten wird. Es ist bezeichnend, daß dieser § 1 allein es ist, gegen den jener Unternehmerverband Stellung nehmen zu müssen glaubt. Alle übrigen reaktionären Bestimmungen werden gern in den Kauf genommen. Man ist also damit offenbar ganz zufrieden. Wir verzichten darauf, uns heute hier in eine Widerlegung der in jener Petition angegebenen Gründe einzulassen. Sie würde uns

wahrhaftig nicht schwer fallen. Wir wollten von dieser Tatsache nur Kenntnis geben, um zu zeigen, welche Kräfte am Werk sind, um die Regierungsvorlage noch in reaktionärer Sinne umzugestalten. Wir wollten aber vor allen Dingen auch noch einmal der Öffentlichkeit gegenüber zeigen, daß unsere Organisation, die auf nationalem Boden steht und deren Mitglieder sich in ihrer übergroßen Mehrzahl freigehalten haben von sozialistischen Ideen, unbedingt daran festhält, daß die in der Petition des Zentralrats geforderten Verbesserungen an dem Reichsvereinsgesetz vorgenommen werden müssen. Die Parteien, welche aus irgend welchen Gründen von diesen Forderungen etwas nachlassen würden auf das Vertrauen unserer Mitglieder keinen Anspruch haben. Es würde der Gedanke Platz greifen, daß nur, um den Block zu halten, grundsätzliche liberale Forderungen aufgegeben werden, Forderungen, deren Erfüllung wir beinahe seit 40 Jahren fordern. Jetzt bietet sich endlich die Gelegenheit, sie zu verwirklichen und wahrhafte Volksvertreter dürfen hier nicht verjagen. Nehmen es die Liberalen ab, unsere Forderungen energisch zu vertreten, dann müßten sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß ihnen die Erhaltung des Blocks mehr am Herzen liegt als die Verwirklichung liberaler Forderungen. Es könnte das verhängnisvoll werden für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und damit für die Zukunft unseres Vaterlandes.

Seltame Wohnungspolitik.

Wie in vielen anderen Großstädten, so lassen auch in Dresden die Wohnungsverhältnisse viel zu wünschen übrig. Namentlich gibt es daselbst noch zahlreiche Kellerwohnungen, welche die Gesundheit ihrer Bewohner schwer zu schädigen geeignet sind und den Anforderungen sowohl der Hygiene als auch der Bauordnung einfach Hohn sprechen. Zur Beseitigung dieser Mißstände hat sich in Dresden ein sogenannter Mietbewohner-Verein gebildet, der durch Wort und Schrift sein Ziel zu erreichen sucht.

Zwischen diesem Verein und dem Rat zu Dresden hat nun in letzter Zeit ein eigenartiger Briefwechsel stattgefunden. In einer Versammlung des genannten Vereins hatte nämlich ein Mitglied, ein Ladereimermeister S., erhebliche Mängel und Mißstände von solchen Kellerwohnungen angeführt, und auf die behördliche Aufforderung, diese Wohnungen näher zu bezeichnen, auch sofort eine Reihe namhaft gemacht. Außerdem aber wurde schriftlich seitens des Allgemeinen Mietbewohnervereins Dresden eine große Anzahl Kellerwohnungen mitgeteilt, unter Angabe der in ihnen vorhandenen Mißstände. Diese schriftlichen Angaben waren gemacht auf Formularen, die jener Verein hatte anfertigen lassen. Selbstverständlich hatten vorher die Mitglieder des Vereins Wohnungsbesichtigungen vorgenommen, um recht zuverlässiges Material liefern zu können.

Diese ganze Geschichte prägte offenbar dem Rat zu Dresden sehr wenig in seinen Kraut. In einem Briefe an den Vorstand des Mietbewohnervereins wird diese Art der Wohnungsrevisionen scharf gerügt und außerdem streng getadelt, daß die Vereinsmitglieder bei den Besichtigungen den Wohnungsinhabern erklärt hätten, sie seien von der Stadt beauftragt, sie kämen vom Räte usw. Unberücksichtigterweise wird in dem Brief dann noch darauf hingewiesen, daß die Vereinsmitglieder dazu kein Recht hätten, und endlich die Vornahme solcher Wohnungsrevisionen rundweg untersagt. Die ausgefüllten Fragebogen wurden danach selbstverständlich dem Verein wieder zugesandt.

In seiner Antwort hat zunächst der Verein die gegen seine Mitglieder erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen. Niemand sei von ihnen behauptet worden, daß sie zu der Revision von einer Behörde beauftragt sind. Im übrigen wahrte der Verein sich das Recht, derartige Revisionen vorzunehmen und erklärt ausdrücklich, daß seine Mitglieder auch durch die Unterjagung der Bornahe, die vollkommen unzulässig und unwirksam sei, sich nicht abhalten lassen werden, auch ferner Wohnungsmiethände im öffentlichen Interesse aufzudecken. Es wird ferner in dem Antwortschreiben die Erwartung ausgesprochen, daß der Stadtrat sich vor der Rücksendung der Formulare Abschriften davon hat anfertigen lassen, um eine gründliche Untersuchung vorzunehmen.

Soweit der Sachverhalt. Wir sind der Meinung, daß das Borgehen des Rats zu Dresden von einer bedauerlichen Kurzsichtigkeit zeugt. Er sollte sich darüber freuen, daß es Leute gibt, die sich in den Dienst der Öffentlichkeit stellen, um durch freiwillige Arbeit die Beseitigung von armen Miethänden zu bewerkstelligen. Eine derartige Mitarbeit sollte jede Behörde dankend annehmen. Wenn der Rat zu Dresden sich auf derartige Unzulänglichkeiten stützt, wie sie in dem Schreiben angebrütet werden, so ist das kleinlich. Die erste Behörde einer großen Stadt sollte auf einer höheren Warte stehen und kein Mittel unverzagt lassen, notorische Miethände abzuwehren. Ganz gleichgültig muß es selbstverständlich sein, von wem diese Miethände aufgedeckt werden. Hier in diesem Falle fehlt überhaupt jeder Grund für die scharfe Ablehnung seitens des Stadtrats. Fernliegende werden dafür kein Verständnis zeigen und sich des Gefühls nicht erwehren können, daß der Rat zu Dresden Vogelstraßpolitik treibt, die der ihm unterstellten Gemeinde keineswegs zum Segen gereichen kann.

Medizinalverband Berlin und Vororte.

Am 23. Februar tagte im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine wiederum die erste Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1907. Zur Tagesordnung stand: Kassen- und Revisionsbericht pro IV. Quartal 1907. Jahresbericht. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Geschäftliches.

Zu Punkt 1 berichteten die Revisoren, daß die Einnahmen im letzten Quartal Mk. 2699,08 und die Ausgaben Mk. 2456,27 betragen. Die Jahreseinnahme belief sich auf Mk. 10 103,92, die Ausgabe auf Mk. 10 155,74. Das Gesamtvermögen des Medizinalverbandes beträgt Mk. 13 649,38, die Mitgliederzahl 1140.

In den Vorstand wurden gewählt: Zum 1. Vorsitzenden E. Schloßhauer, Or. Frankfurterstr. 101, 2. Vorsitzenden A. Brendike, Wallnertheaterstr. 16, Schriftführer S. Körner, Kaiserstr. 22, Kassierer E. Dabruß, Badstr. 45/46, Revisoren G. Niegisch, Mittenwalderstr. 56 und R. Berthold, Febrbellenerstraße 52a, Kontrolleur Ad. Büchel, Neue Königstraße 92.

Unter Geschäftlichem gab der Kassierer noch einen eingehenden, allgemeinen Situationsbericht über das Geschäftsjahr 1907 und betonte unter anderem, daß die Ausgaben für Arzt und Arznei gerade in dem letzten Quartal so hohe waren wie nie zuvor. Auch im I. Quartal des neuen Jahres sind die Ausgaben nicht geringer geworden, so daß auf eine Besserung in bezug auf die Ausgaben vorläufig nicht gerechnet werden kann. Ferner kommt noch hinzu, daß auf Antrag der Kassenärzte diesen für ihre weitere Tätigkeit eine Erhöhung der Honorarsätze zugestimmt wurde. Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß die Kasse mit ihren minimalen Beiträgen, den Verhältnissen nach, bisher noch recht günstig gearbeitet hat, so muß jetzt aber ausgesprochen werden, daß, wenn sich die Ausgaben weiter in dem Maße steigern, dies auf die Dauer mit den jetzigen Beiträgen nicht durchzuführen ist, zumal behördlicherseits ein scharfes Augenmerk darauf gerichtet wird, den Reservefonds in der vorgeschriebenen Höhe zu erhalten.

In der Diskussion wurde von allen Rednern hervorgehoben, möglichst schon jetzt eine Erhöhung der Beiträge von mindestens 2 Pf. pro Woche und Mitglied vorzunehmen, um die steigenden Ausgaben durch die Mehreinnahmen wieder auszugleichen. Dem Vorstand wurde aufgegeben, rechtzeitig mit einem diesbezüglichen Antrage an die Generalversammlung heranzutreten, damit die Kasse auf ihrer gesunden Basis erhalten bleibt.

Hieran anschließend möchte ich aber noch eins in Anregung bringen. Der Besuch der Generalversammlungen ist andauernd als ein ganz minimaler zu bezeichnen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Mitglieder nicht das nötige Interesse an den Tag legen, zumal sämtlichen Vertrauensmännern eine direkte Einladung mit dem Ersuchen zugeht, den Vorstand ihres Ortsvereins von der Generalversammlung in Kenntnis zu setzen und für die Bekanntgabe in den Ortsvereinsversammlungen Sorge zu tragen. Außerdem wird der Tag jeder Generalversammlung im „Gewerksverein“ und in allen Fachorganen der

einzelnen Gewerksvereine publiziert, somit auch jedem einzelnen Mitglied zugänglich gemacht.

Es soll nun hier nicht unterläßt werden, auf welchen Umstand der andauernd schwache Besuch der Generalversammlungen zurückzuführen ist. Den Kollegen aber, welche das Amt als Vertrauensmann ausüben, und den Ortsvereins-Ausschüssen muß dringend empfohlen werden, dem Medizinalverband, einer so segensreichen Institution innerhalb unserer Gewerksvereine, durch stete Anregung und Hinweis auf denselben, das nötige Interesse zuzuwenden. Denn erst, wenn Interesse für eine Sache vorhanden ist, kann die Begeisterung geweckt werden, und erst wenn diese in erster Linie die leitenden Faktoren, sowie auch jedes einzelne Mitglied erfüllt, können wir unsere Grundzüge zum Wohle unserer Familien und unserer selbst wirkungsvoll zur Durchführung bringen.

Außerdem sei noch bemerkt, daß jeder Gewerksvereinskollege, dessen Frau oder Kinder Mitglieder im Medizinalverband sind, in Vertretung derselben als stimmberechtigtes Mitglied der Generalversammlung mitzubringen kann.

Des Weiteren sei auch noch darauf hingewiesen, daß, wenn die einzelnen Ortsvereine einmal ein Referat über die Einrichtungen und Tendenzen des Medizinalverbandes wünschen, diesem Ansuchen von seiten des Vorstandes gern Rechnung getragen wird; daran aber müssen wir den berechtigten Wunsch knüpfen, dann eine Versammlung zu wählen, von der man voraussetzt, daß sie sich eines regen Besuches erfreut. Ebenso steht den Ortsvereinen jederzeit Agitationsmaterial zur Verfügung.

Zum Schluß bitte ich nun, diese wenigen Mahnworte zu beherzigen. Mögen dieselben Anregung zum Eintritt in den Medizinalverband geben. Das Eintrittsgeld beträgt für das Einzelmitglied 50 Pf., für eine Familie 75 Pf. An Beiträgen sind zu entrichten: Für eine erwachsene Person wöchentlich 18 Pf., für 1 oder 2 Kinder je 18 Pf. und für jedes weitere Kind 13 Pf. Anmeldungen nehmen in den Ortsvereinen alle Vertrauensmänner und der Hauptkassierer, Kollege E. Dabruß, Berlin N., Badstr. 45/46, entgegen.

S. Körner, Schriftführer.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 28. Februar 1908.

In einer Rundgebung für die Deutschen Gewerksvereine gestaltete sich der Verbandsrat der evangelischen Arbeitervereine Unterbadens, der vergangenen Sonntag stattgefunden hat. Folgende von der Leitung eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die beruflichen Organisationen können ihre Aufgaben in der heutigen Arbeiterbewegung nur dann voll und ganz erfüllen, wenn sie gegenüber den politischen Parteien und den Religionsgemeinschaften vollständig neutral sind. Diesen Anforderungen entsprechen aber in der heutigen Arbeiterbewegung weder die auf sozialdemokratischem Boden stehenden „freien“ Gewerkschaften, noch die vom Zentrum als Schrittmacher gebrauchten „christlich-sozialen“ Organisationen. Die einzige heute bestehende Berufsorganisation, welche diesen Anforderungen entspricht ist die „Kirch-Dumderischen Gewerksvereine“.

Der Verbandsrat der evangelischen Arbeitervereine Unterbadens beschließt, dringend seinen Brüdern und ihren Mitarbeitern den Anschluß an diese Berufsorganisation (Deutsche Gewerksvereine) zu empfehlen, die auf Grund ihres Programms unsere sozialen Bestrebungen am nächsten stehen.“

Mögen diese vernünftigen Anschauungen auch in den übrigen Verbänden der evangelischen Arbeitervereine Geltung finden.

Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge wurde am vergangenen Dienstag gelegentlich der Beratung des Reichsjustizrats vom Staatssekretär Dr. Nieberding in Aussicht gestellt. Auf einige diesbezügliche Ausführungen der Abg. Gröber und insbesondere Jund erklärte er, daß man sich sowohl im Reichsamt des Innern als auch im Reichsjustizamt einig sei über die große Bedeutung der Tarifverträge in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. „Beide Ressorts sind auch darin einig, daß, wenn eine Regelung dieser Frage erfolgt, diese nicht partikuläristisch vorzunehmen ist, sondern auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. Wir halten es auch für dringend erwünscht, daß eine solche Regelung bald kommt angesichts mancherlei Schwierigkeiten durch die jetzige Rechtslage und auch durch die Rechtsprechung. Wir sind auch der Meinung, daß die Tarifverträge nicht unter den § 152 gestellt werden können. An dem unsern Willen fehlt es also bei uns nicht. Aber ich glaube, der Vorredner unterschätzt die Schwierigkeiten, die einer angemessenen Regelung der Frage entgegenstehen. Wir werden der Sache weiter unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden und die Ausführungen der Abg. Gröber und Jund beachten.“

Hoffentlich werden diese schönen Reden auch recht bald in die Tat umgesetzt. Dann aber darf es wohl als selbstverständlich angesehen werden, daß zu den

Vorbereitungen auch Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden, die auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiete sicherlich manchen guten Fingerzeig geben können.

Der Beirat für Arbeiterstatistik beschäftigt sich in seiner Sitzung am 20. d. Mts. mit den Ergebnissen der Erhebungen über die Arbeitszeit in Plätzen und Waschanstalten. Diese Erhebungen haben die allgemeine Beobachtung bestätigt, daß in den Plättereien und Wäschereien bezüglich der Arbeitszeit Mißstände zutage getreten sind, denen durch gesetzliche Bestimmungen entgegenzuwirken geboten erscheint. Der Beirat für Arbeiterstatistik beschloß daher in seiner letzten Sitzung, zu empfehlen, daß die §§ 135—139 und 139b der Gewerbeordnung auf die gewerblichen Plättereien und Wäschereien mit weniger als zehn Arbeitern ausgedehnt werden, daß aber gestattet sein soll, an höchstens 60 Tagen im Jahre, von denen jedoch nur 30 solche vor Sonn- und Festtagen sein dürfen, Arbeiterinnen über 16 Jahre bis abends 10 Uhr, aber höchstens 12 Stunden am Tage zu beschäftigen. Hat eine solche Überarbeit stattgefunden, so ist den Arbeiterinnen danach eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden zu gewähren. Weiter wurde empfohlen, an Sonnabenden und den Tagen vor Festtagen Überarbeit über die gewöhnliche Arbeitszeit nur unter der Bedingung zu gestatten, daß am folgenden Sonn- oder Festtage eine Beschäftigung der Arbeiterinnen überhaupt nicht stattfindet.

Arbeiterbewegung. In der Maschinenfabrik von A. Bengt Aktien-Gesellschaft in Graudenz wurde sämtlichen Formern und Gießereiarbeitern, die sozialdemokratischen Organisationen angehören, gekündigt. Die Verwaltung hat sich außerdem entschlossen auch für die Zukunft nur solche Arbeiter zu beschäftigen, die keiner „freien“ Organisation angehören. — Die Howaldtwerke bei Kiel haben wegen der Arbeitsminderung in einzelnen Betrieben am Mittwoch 60 pCt. der Gesamtarbeiterschaft ausgespart. — In einer Lohnbewegung befinden sich die Strahenreiner in Leipzig. Sie verlangen die Erhöhung des Wochenlohnes auf 25 Mk., 25 pCt. Zuschlag für Überstunden und 50 pCt. für Sonntagsarbeit, außerdem Lieferung von Hosen und Stiefeln. Der Rat der Stadt Leipzig hat vorläufig die Forderungen abgelehnt und erklärt, einer Prüfung derselben erst im nächsten Jahre näher treten zu können. — Bei der Firma Rippersbusch & Söhne, Schaller Herd- und Ofenfabrik, wurde am 1. Februar 15 Schleifern gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangel. Da die Gefährdungen sämtlich Vertrauensmänner der Organisationen waren, wurde die Entlassung als Maßregelung betrachtet, und sämtliche Schleifer reichten am 13. Februar die Kündigung ein, da die Verhandlungen mit der Firma vergeblich waren. Auch die Arbeiter der Emaillefabrik erklärten sich mit den Schleifern solidarisch und reichten die Kündigung ein. Es ist wahrscheinlich, daß noch andere Betriebsabteilungen folgen.

Wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen sind in Prag die Angeestellten der elektrischen Straßenbahn in den Ausstand getreten. Abgesehen von zwei Linien hockt der Straßenverkehr vollständig. — Der Konflikt auf den englischen Schiffswerften scheint doch noch zu einem friedlichen Ende zu gelangen. Den Bemühungen des Handelsministers Lloyd George, der eine erfolgreiche Vermittlerstätigkeit schon während des Eisenbahnstreikes ausübte, ist es gelungen, ein Abkommen herbeizuführen, das die Vertreter beider Parteien den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Annahme empfehlen wollen.

In einem Konflikt ist es am Berliner Gewerksgericht gekommen. Dem Ausschuss desselben war im August vorigen Jahres ein von 16 Arbeitgebern und 18 Arbeitnehmervertretern unterzeichneter Antrag auf Abänderung des § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgelegt worden, wonach in Fällen von Diebstahl usw. die Aufrechnung von Schadenersatzforderungen zugelassen werden sollte. Dieser Antrag hatte dem Ausschuss schon in mehreren Sitzungen zur Beratung vorgelegen, jedesmal aber hatten die Arbeitervertreter die Beschlussfassung zu hintertreiben gewünscht. Der letzten Sitzung am 13. Dezember hatten auf besondere Einladung auch die Vorsitzenden der einzelnen Gewerbegerichtskammern beigewohnt, die zur Begründung jenes Antrages reichhaltiges Material vorgelegt. Als die Richter des Gewerbegerichts mit Rücksicht auf dieses Material die Abänderung des § 394 dahin befristeten, daß bei Diebstahl und ähnlichen strafbaren Handlungen dem Arbeitgeber gestattet werden müsse, sich am Lohne des Arbeiters schadlos zu halten, verließen die Arbeitnehmer den Saal und erklärten durch ihren Sprecher, daß das von den Richtern vorgelegte amtliche Material ihnen nicht genüge. Außerdem könnten Arbeiter Richter, die einen solchen Standpunkt vertreten, kein Vertrauen entgegenbringen. Diese Erklärung sagten die Richter als Beleidigung auf und verließen den Saal.

Trotz dieses Vorkommnisses wurde am 18. Februar nochmals im Gewerbegerichtsausschuß über jenen Antrag betreffs Aenderung des § 394 verhandelt. In dieser Sitzung erklärte der Arbeitnehmerbeisitzer, Buchdrucker Wassini, der selbst zu den Unterzeichnern jenes Antrags gehört hatte, gleich nach dem Beginn der Sitzung, daß die Arbeiterbeisitzer jede Diskussion des Antrages ablehnten, und verließ dann mit sämtlichen Arbeitnehmerbeisitzern den Saal.

Auch unter den Arbeitgeberbeisitzern haben die Sozialdemokraten einige, wenn auch nur wenige Anhänger. Diese erklärten in einer die Woche vom Verein der Arbeitgeberbeisitzer einberufenen Versammlung, daß sie zwar auch den Diebstahl nicht billigten, trotzdem aber einer Aenderung des fraglichen Paragraphen nicht zustimmen könnten. Auf das Verhalten ihrer Genossen, über das man sich vor allem auseinanderzusetzen wollte, gingen sie nicht ein.

Man darf auf den Ausgang dieses interessanten Konfliktes wohl gespannt sein. Wir sind der Meinung, daß gegen Diebstahl und ähnliche Handlungen der Unternehmer geschützt sein und das Recht haben muß, eventuell durch Lohnabzüge sich schadlos zu halten. Jeder anständige und moralisch denkende Mensch muß diesen Standpunkt einnehmen. Selbstverständlich darf es nicht schon als Diebstahl angenommen werden, wenn ein Arbeiter sich einmal einen Nagel, eine Schraube oder dergl. aneignet. Aber abgesehen einmal hiervon: Was soll man eigentlich zu diesem Verhalten der durchweg sozialdemokratischen Arbeitnehmerbeisitzer denken? Leiten sie unsere Auffassung über den Diebstahl, so müssen sie für eine Aenderung des § 394 eintreten. Haben sie eine andere Auffassung, dann sollten sie auch den Mut haben, dieselbe zu vertreten und nicht die Beschlußfassung durch Obstruktion vereiteln. An diesem Mut scheint es ihnen aber zu fehlen. Denn sonst wäre ihr Verhalten einfach kindisch zu nennen.

Gegen das Verhältniswahlssystem zum Gewerbegericht haben nun auch in Brandenburg die „zielbewußten Genossen“ geklickt. Unser dortiger Ortsverband hatte in Gemeinschaft mit dem evangelischen und dem katholischen Arbeiterverein im vorigen Jahre an den Magistrat eine Eingabe gerichtet um Einführung des Proportionalwahlsystems. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar hatte nun der Magistrat den Entwurf eines neuen Ortsstatuts vorgelegt, nach welchem die Verhältniswahl eingeführt und die Zahl der Beisitzer von 20 auf 24 erhöht werden sollte. Außerdem soll die Wahldauer 6 Jahre betragen, anstatt wie bisher 4 Jahre, wobei alle 3 Jahre die Hälfte der Beisitzer neu zu wählen sind. Die sozialdemokratische Fraktion, die in einer Stärke von 13 Mann in der Stadtverordnetenversammlung vertreten ist, nahm wie an anderen Orten, so auch hier, entgegen ihrer Programmforderung Stellung gegen den Magistratsentwurf. Ihr Führer erklärte, daß er die Notwendigkeit der Aenderung des alten Ortsstatuts nicht anerkennen könne. Deswegen sei es ihm und seinen Freunden nicht möglich, für die Aenderung einzutreten, obgleich in seinem Parteiprogramm die Verhältniswahl gefordert würde. Trotz alledem wurde die Vorlage des Magistrats mit einigen unwesentlichen Änderungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Auch hier haben wir also das eigentümliche Schauspiel, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien für ein gerechtes Wahlssystem eintreten, während die Sozialdemokraten den Grundfals gelten lassen: Macht geht vor Recht. Diejenigen unserer Kollegen, die bisher noch immer geglaubt haben, daß die Sozi die Arbeiterinteressen vertreten, werden jetzt wohl eines Besseren belehrt sein und den Herren, wenn sie bei künftigen Wahlen wiederum um unsere Stimmen buhlen, die gebührende Antwort zuteil werden lassen.

Arbeitskränkungen. Verschiedentlich mußten wir in letzter Zeit auf die kritische Lage in deutschen Baugewerbe hinweisen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Arbeitgeber einen gewaltigen Schlag gegen die Arbeiter zu führen beabsichtigen. Das lassen auch die Verhandlungen erkennen, die der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe auf seiner in Hannover abgehaltenen Generalversammlung gepflogen hat. Dieselben gipfelten in der Annahme eines Beschlusses, daß an dem vom Bunde herausgegebenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nichts geändert werden dürfe und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April d. J. die Baugeschäfte geschlossen werden, ausgenommen natürlich in denjenigen Orten, wo Tarifverträge bestehen. Weiter wurde hierzu einstimmig beschlossen, daß bei eintretender Arbeitslosigkeit den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitestgehende Unterstützung des Bundes gewährt werden soll. Ferner wurde ein Vertragsmuster für Vereinigungen zwischen Bauarbeitgeberverbänden und Baumaterialienhändlern dem Vorstände zur endgültigen Festsetzung

und mit der Ermächtigung, das Muster in Wirkfamkeit treten zu lassen, überwiesen. Jedemfalls werden sämtliche in Betracht kommenden Arbeiterkategorien gut daran tun, ihre Organisationen durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken. Gleichgültigkeit jenen Vorgängen gegenüber könnte sich sonst leicht bitter rächen.

Was eine tägliche Arbeiterzeitung kostet, das haben jetzt die englischen Trade-Unions erfahren, die beabsichtigen, ein solches Blatt herauszugeben. Am 26. Februar sollte endgültig darüber Beschluß gefaßt werden. Ihre Beteiligung zugesagt haben 16 Organisationen mit einer Mitgliederzahl von rund 300 000. Die Buchdrucker in London haben bereits bestimmte Vorschläge gemacht und als Grundkapital den Betrag von 100 000 Pfund Sterling oder 1 200 000 Mark als notwendig erachtet, um ein achteitelliges Morgenblatt zu einem billigen Preise abgeben zu können. Wir teilen diese Tatsache kurz mit, für den Fall, daß auch bei uns wieder einmal der Gedanke auf Herausgabe einer täglichen Zeitung auftaucht.

Verein für Volksunterhaltung. Die 366. Veranstaltung findet am Sonntag, den 1. März, abends 7 Uhr, in der Singaladademie statt. Es werden mitwirken: Herr Dr. Max Müller (Rezitation), Fräulein Marianne Meyer (Vieher zur Laute), Herr Gustav Franz (Gesang), Fräulein Eugenie Stolz (Violoncello).

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Baugen.

Der Ortsverband bestand am Schlusse des Jahres aus 7 Ortsvereinen mit zusammen 331 Mitgliedern. Er erledigte seine Geschäfte in 11 Ausschusssitzungen, 2 kombinierten und 3 Ortsverbandssitzungen. Im März wurde die erste Versammlung abgehalten, welche auch von Seiten der Mitglieder gut besucht war. An der zweiten, welche im April stattfand, stellte Genosse Wendert, Vorsitzender vom Ortsverein der Schuhmacher, verschiedene Anträge zum Verbandszweck; gleichzeitig wurde über Gründung eines Diskussionsklubs gesprochen. Doch konnte man zu keinem Beschluß kommen, weil leider die Beteiligung zu schwach war. Auch wurde wiederum im August ein Sommerfest veranstaltet, das unter reger Beteiligung der Mitglieder einen guten Verlauf nahm. Die dritte Versammlung fand im September statt. Am Schlusse dieses Berichtes will ich nicht unterlassen, allen Verbandsmitgliedern sowie Vertretern für ihre Tätigkeit im Dienste unserer Organisation den besten Dank auszusprechen. Möge ein jeder auch ferner seine Schuldigkeit zum Wohle der gesamten Organisation tun, daß wir weitere Fortschritte erzielen können.

W. a. s., stellv. Ortsverbandsvorsitzender.

Ortsverband Danzig.

Unsere geschäftlichen Angelegenheiten wurden in 11 ordentlichen, 3 kombinierten und 2 außerordentlichen Ausschusssitzungen erledigt; außerdem fanden 4 Mitglieder-Versammlungen statt. Das Jahr legte mit einer stöten Tätigkeit ein. Galt es doch zunächst, die Verbandsangelegenheiten auf die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen hinzuweisen, welche hier am 13. Februar stattfanden. Leider war die Verhältniswahl nicht eingeführt, und unser Antrag auf Einführung derselben wurde, weil die damaligen Beisitzer der Arbeitnehmer den „freien“ Gewerkschaften angehörten und sich dagegen aussprachen, abgelehnt. In öffentlichen Versammlungen, welche teils durch den Ortsverband, teils durch die Ortsvereine der Maschinenbauer und Fischer einberufen waren, sprachen die Kollegen Krüger-Potsdam, Borath-Gibing und Proczkowski-Danzig, um die Arbeiterschaft Danzigs auf die Bedeutung des Gewerbegerichts hinzuweisen. Die Versammlungen waren gut besucht. Leider aber hatten wir nicht die erhoffte Stimmzahl für unsere Kandidaten erreicht. Die geringe Wahlbeteiligung ist in der Hauptsache auf die Ablehnung der Verhältniswahl und unsere bisherige Nichtbeteiligung an diesen Wahlen zurückzuführen. In einer öffentlichen Versammlung am 11. September sprach Genosse Proczkowski über das preussische Einkommensteuergesetz. Es wurde eine Resolution angenommen, welche eine Abänderung der die Arbeiterschaft am schwersten bedrückenden Bestimmungen forderte. Die Landtagsabgeordneten für den Wahlbezirk Danzig wurden ersucht, im Sinne dieser Resolution im Abgeordnetenhaus zu wirken, was diese auch bereitwillig zugesagt. Unser Stützungsfest feierten wir am 7. September; dasselbe war gut besucht.

Wie die Kollegen an anderen Orten, beschäftigten auch wir uns mit der Heranziehung von Schöffen und Geschworenen aus den Arbeiterkreisen und hoffen auf einen Erfolg, da der größte Teil der Bürgerschaft Danzigs dieses Verlangen als gerecht anerkennt. Verschiedene Beschäftigungen von Lebenswürdigkeiten der Stadt und Umgegend Danzigs fanden statt. In der Mitgliederversammlung am 25. Oktober sprach der feinsinnige Gewerbeinspektor Herr Dr. Kröber über die Gewerbeordnung, und sprachen wir unseren Dank auch an dieser Stelle für den belehrenden Vortrag aus. Die Zeit zur Werbung neuer Mitglieder ist für uns günstig. Wir hoffen daher von unseren Mitgliedern, daß alle ihre Pflicht für unsere Sache tun werden und die bisherige Gleichgültigkeit ablegen. Zum Schluß bemerke ich noch, daß die Unterfertigung an durchreisende Kollegen 0,75 Mk. beträgt, welche durch die Ortsvereinskassierer gezahlt oder in der Herberge zur Heimat eingelöst wird. Karten sind bei dem Kollegen Kammerer, Fischmarkt 10, zu haben. Julius Relzig, Sekretär.

Ortsverband Fürstenwalde (Spree).

Ein Rückblick auf das verfloßene Jahr zeigt, daß wohl rühmlich von Seiten des Ortsverbandes gearbeitet, doch ein wesentlicher Vorteil nicht erreicht wurde. Bezüglich der Mitgliederzahl sind wir auf derselben Höhe wie im Vorjahre, nämlich 398, geblieben. Das Geschäftliche wurde erledigt in 4 ordentlichen und 1 außerordentlichen Versammlung, 8 Ausschuß- und 6 kombinierten Vorstandssitzungen. In der außerordentlichen Versammlung hielt Verbandsobologe Konor Lewin-Berlin einen Vortrag über Gewerbegerichte, welcher für die Anwesenden sehr lehrreich war, aber seinen Zweck verfehlte, da einerseits die Versammlung sehr schwach besucht, andererseits verfrüht war. Die Stadtdrigkeit entwickelt eine fofolale Ruhe in Errichtung eines Gewerbegerichts. Auf Grund der Tatsache, daß die Einwohnerzahl im Anfang des vergangenen Jahres 20 000 weit überschritten, reichte der Ortsverband im Frühjahr 1907 eine Eingabe ein, auf die uns nach 9 Monaten eine Antwort von Seiten des Magistrats zuteil geworden ist, des Inhalts, daß hierorts im Laufe des Jahres ein Gewerbegericht errichtet wird. In den ordentlichen Versammlungen und Vorstandssitzungen wurde eifrig für die Stadtrordnetenwahl im November 1907 agitiert, was dazu führte, daß der Ortsverband in Verbindung mit dem hierorts bestehenden Bürgerverein, dem katholischen und evangelischen Arbeiterverein drei eigene Kandidaten aufstellte, die aber leider bei der Wahl unterlagen. Nach der ausgeübten Wahlkontrolle sind unsere wahlberechtigten Mitglieder wohl vollständig angetreten, jedoch haben die mit uns verbündeten Vereine versagt. Nun, wir haben gelernt, und können in Zukunft bei wiederkehrenden Fällen unsere Erfahrungen anwenden. Auch dem Vergnügungsteil wurde Rechnung getragen und im August ein Sommerfest veranstaltet, das sehr gut besucht war und die Erwartungen des Ortsverbandsvorstandes weit übertrafen hat. Wie in den früheren Jahren, so wurde auch im letzten Jahre der Kohlenkonsum durch genossenschaftlichen Einkauf demit. Der Umsatz betrug weit über 15 000 Zentner. Auch Unterhaltungen wurden durchreisenden Gewerbevereinskollegen, sowie hierorts beizähligen Mitgliedern zuteil.

Wenn auch die äußeren Erfolge der Tätigkeit des Ortsverbandsausschusses keine großen sind, so wird doch die Amosfreudigkeit des Ausschusses in diesem Jahre nicht erlahmen, sondern mit erneuter Hoffnung auf besseres Gelingen wird die Tätigkeit des wiedergewählten Vorstandes einengen. Albert Mir, Schriftführer.

Ortsverband Hartau.

Der Ausschuß erledigte seine Geschäfte in 4 Sitzungen. Es wurden ferner abgehalten 4 Verbandsversammlungen und eine öffentliche Versammlung. In der letzteren wurde die Lohnbewegung im Baldenburger Revier erörtert. Referent war der Agitationsleiter Netowich, der die Kollegen warnte, unbedacht in die Bewegung einzutreten. Ferner beteiligte sich der Ausschuß an der Konferenz zu Wittauer betreffs Zulassung von Gewerbevereinsmitgliedern zum Schöffenaamt. Vergeblich war leider der Versuch, den ausgetretenen Ortsverein der Bergarbeiter wieder dem Verbande zuzuführen. Der Ortsverband besteht aus 2 Ortsvereinen mit zusammen 81 Mitgliedern. Am Schlusse des Berichtes müssen wir den Mitgliedern zurufen: Kommt zahlreicher in die Versammlungen, beteiligt Euch reger an der Verbreitung der Gewerbevereinsfrage. Denkt nicht, daß dazu bloß der Ausschuß da ist. Nein, es ist Pflicht jedes einzelnen, nach besten Kräften mitzuarbeiten. Tretet als echte Gewerbevereiner frei und offen an eure unorganisierten Kollegen heran und fordert sie auf, sich unseren Reihen anzuschließen. Hermann Jätsche, Schriftführer.

Ortsverband Lipptadt.

Gleich zu Anfang des Jahres nahmen die Reichstagswahlen das allgemeine Interesse lebhaft in Anspruch. Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 4 Ausschusssitzungen, 4 Ortsverbandssitzungen und einer außerordentlichen Verbandsversammlung erledigt. In einer außerordentlichen Versammlung referierte Kollege Gerhard-Barstein, in welchen zwei große öffentliche Versammlungen statt, in welchen Kollege Jakob-Effen das Referat übernommen hatte.

Unser Antrag, daß auch Arbeiter als Schöffen und Geschworene zugelassen werden, hat inzwischen seine Erledigung gefunden, und ist Kollege Gerhard von Ortsverein Warieta als solcher gewählt worden. Einige Ortsvereine des Verbandes wurden von Gegnern rechts und links hart bedrängt. Die feindlichen Brüder prahlten laut, daß uns nun bald das Lotengeldlein gelautet werden würde. Aber trotz der gefährlichsten Angriffe leben wir immer noch! Der Ortsverband stand den bedrängten Vereinen stets helfend zur Seite und verlegte neben den öffentlichen Versammlungen das Ortsverbandsfest nach einem dieser Orte, auf welchem Kollege Bongers die Festrede hielt und mit diesen selben grüßlich abrechnete. Das Fest nahm einen großartigen Verlauf. Auch für die Zukunft wird der Ortsverband die Augen offen halten und wo es nötig ist, reich und schnell eingreifen, dann kann das erhoffte Ergebnis noch lange auf sich warten lassen. H. G.

Gewerbevereins-Teil.

Chemnitz. In unserer letzten Ortsverbandsversammlung hielt Herr Konrigher Brod auf einen hochinteressanten Vortrag über die Frage: „Sollen in der Rechtsprechung, insbesondere als Schöffen und Geschworene Arbeiter mitwirken?“ (Eingang seiner Ausführungen wies der Redner darauf hin, daß trotz wiederholter Eingaben seitens der Gewerbevereine diese Sache von den maßgebenden Stellen recht lau behandelt würde. Bisher sind Arbeiter als Schöffen nur ganz vereinzelt, als Geschworene bis zum Jahre 1907 überhaupt nicht herangezogen, obwohl die Zuständigkeit den betreffenden Behörden anheim gab, Vertreter der Arbeiterschaft zur Mitwirkung bei der Rechtsprechung mit auszulassen, was aber so gut wie nicht beachtet worden ist. Er es aber nicht eine Forderung der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit, wenn wir verlangen, daß endlich auch einmal der große Stand der arbeitenden Klassen zur Mitwirkung bei der Rechtsprechung berücksichtigt wird? Man möge hier

